



FÖDERALES MEMORANDUM

JUNI 2010

28/06/2010 - Brüssel

EINLEITUNG

Für Jugendpolitik sind doch ausschließlich die Gemeinschaften befugt. Warum dann dieses Memorandum?

Der aufmerksame Leser wird sich diese Frage stellen beim Lesen eines föderalen Memorandums der Jugendräte der drei belgischen Gemeinschaften, kurz JClub genannt. Dennoch schreiben wir zu den Föderalwahlen unsere Empfehlungen nieder, da wir davon überzeugt sind, dass Jugendpolitik nicht nur innerhalb der Befugnisse der Gemeinschaften verstanden werden darf. Gesetze und Königliche Erlässe haben einen Einfluss auf Kinder, Jugendliche und ihre Organisationen. Darum richten wir dieses Memorandum an den föderalen Gesetzgeber.

Dieses Memorandum enthält für jeden Politikbereich Empfehlungen. Wir möchten allerdings zwei allgemeine Empfehlungen vorab mitgeben.

Ein roter Faden in diesem Memorandum ist die Partizipation von Kindern und Jugendlichen. **Kinder und Jugendliche haben eine eigene Meinung** bei zahlreiche Themen und sie wollen auch die Möglichkeit erhalten, die sie betreffenden Regeln und Gesetze zu beeinflussen. Deshalb fordern wir, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit der Partizipation zu geben. **Hört auf ihre Stimme!** Entweder direkt oder durch Konsultation der Jugendorganisationen. Dies sorgt sowohl für eine getragene als auch für eine bessere und nachhaltige Gesetzgebung.

Ein grundlegendes Instrument der transversalen Jugendpolitik in Belgien ist die UN-Kinderrechtskonvention, deren Umsetzung durch alle Institutionen geschehen muss. Die föderalen Behörden haben hierbei also auch eine wichtige Rolle zu erfüllen. Dies kann zum Beispiel dadurch geschehen, dass sie eine **aktive Rolle in der Nationalen Kinderrechtskommission übernehmen**. Auf diese Art und Weise kann Belgien die Nachverfolgung und strikte Umsetzung der Empfehlungen des Komitees für Kinderrechte verbessern.

Anne-Caroline Burnet
Daniel Niessen
Stijn Jacobs

Vorsitzende Conseil de la Jeunesse
Vorsitzender Rat der deutschsprachigen Jugend
Vorsitzender Vlaamse Jeugdraad

BESCHÄFTIGUNG

Beschäftigung ist zurzeit eine Priorität für die Jugendräte. Die Jugendlichen sind in der Tat stark betroffen vom strukturellen Mangel an Arbeitsplätzen und von prekären Arbeitsbedingungen. Gemeinsam fordern die Jugendräte :

- die Berücksichtigung der **Qualität von Interimsarbeit**. Diese Form der Arbeit darf nicht zu einer gängigen Beschäftigungsmethode werden und die Zugangskriterien für Interimsarbeit müssen kontrolliert werden. Diese Kriterien müssen außerdem die Qualität der Interimsarbeit sicherstellen: garantierte soziale Rechte, Aufstiegsperspektiven in einem Unternehmen, Anerkennung der Kompetenzen durch den Sektor, ...;
- die **Einbeziehung der Jugendlichen** in den politischen Debatten über Beschäftigungsfragen, die sie am meisten betreffen (Interim, Informationen, Praktika,...);
- die Berücksichtigung der Ergebnisse des **europäischen strukturierten Dialogs** zum Thema Beschäftigung bei der Schaffung von neuen Maßnahmen im Bereich der Jugendbeschäftigung;
- die **wirksame Bekämpfung von Diskriminierung** bei der Einstellung von Arbeitnehmern, insbesondere bezüglich des Alters;
- eine **bessere Anerkennung und Begleitung von Praktika und Freiwilligenarbeit**, unter anderem durch die Anerkennung des Status des Praktikants oder des Freiwilligenarbeiters durch das Arbeitsamt;
- die Vergabe von finanziellen Vorteilen an Arbeitgeber muss an **die Pflicht der Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen** gekoppelt werden, das heißt das Abschließen eines unbefristeten Vertrags nach dem Ablauf der subventionierten Arbeitszeit.

PENSIONEN

Die Überalterung ist zweifellos eine Herausforderung für die heutige soziale Sicherheit. Vor allem die Pensionen werfen Fragen zur Bezahlbarkeit des Systems auf. Die Regierung muss dieses Problem also angehen, um so die Bezahlbarkeit zu garantieren. Bei der Reform des Systems empfiehlt der JClub, die folgenden Elemente in Betracht zu ziehen:

- **Einbeziehung von Jugendlichen** bei der Reform des Pensionssystems. Jugendliche sind ein Ansprechpartner in dieser Debatte. Wenn die Solidarität im Pensionssystem bestehen bleiben soll, müssen alle Interessenvertreter diese Reform unterstützen.
- Eine Reform muss gerecht sein und darf nicht auf Kosten einer Generation gehen. Es kann **nicht** sein, dass ein **bestimmte Generation, die Folgen der Überalterung tragen muss**, egal ob Jugendliche, Ältere oder die Zwischengeneration. Wir schlagen also das Verteilen der Kosten auf die gesamte Bevölkerung vor. Was wir sicherlich nicht wollen, ist, dass die Jugend in Zukunft die Löcher stopfen muss, welche heute entstehen. Deshalb müssen schnellstmöglich Maßnahmen getroffen werden, um die Pensionen bezahlbar zu gestalten.

MOBILITÄT

Jugendliche haben besondere Anliegen im Bereich der Mobilität. Oft besitzen sie keine eigenen Transportmittel, um über längere Distanzen mobil zu sein. Der JClub plädiert dafür, dass sich Jugendliche mit den öffentlichen Verkehrsmitteln so selbständig, schnell und angenehm wie möglich fortbewegen können.

- Die **Qualität muss für alle Reisenden** garantiert werden. Genügend Kapazitäten (und damit Sitzplätze) sind eine Priorität und müssen für alle Reisenden bereit stehen. Dies gilt natürlich zur Hauptverkehrszeit, wie an den Wochenenden, wenn besonders Studenten die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Pünktlichkeit und Sauberkeit fördern ebenfalls die Zufriedenheit der Reisenden.
- Förderung des Gebrauchs von öffentlichen Verkehrsmitteln. Die verschiedenen Transportsysteme müssen **auf einander abgestimmt und untereinander kombinierbar** sein. Hierfür ist die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Anbietern notwendig. Die Einführung eines Einheitsticketsystems unterstützen wir vollständig. Wir plädieren auch für ein umfassendes Abend- und Nachtangebot, vor allem an den Wochenenden. Auch die kleineren Haltestellen und Bahnhöfe des ländlichen Raumes sollen erhalten bleiben. Auch müssen genügend Parkplätze und Fahrradständer an den Bahnhöfen zur Verfügung stehen.
- Im Zusammenhang mit der internationalen Mobilität von Jugendlichen plädieren wir für **möglichst niedrige Preise und genügend Möglichkeiten für Preissenkungen** für Jugendliche. Dies gilt auch für Hochgeschwindigkeitszüge.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Die aktuelle politische, wirtschaftliche und ökologische Lage bedarf schneller Antworten. Trotzdem ist es wichtig eine nachhaltige Vision an den Tag zu legen, das heisst die Berücksichtigung der jetzigen und zukünftigen Generationen bei den Entscheidungsprozessen in den Bereichen Energie, Umwelt, Wirtschaft, Beschäftigung und Soziales.

Der JClub fordert insbesondere:

- dass Belgien im Rahmen der rotierenden EU-Ratspräsidentschaft eine **treibende Kraft in der EU-Klimapolitik** wird, damit die Verpflichtungen unter dem Kyotoprotokoll berücksichtigt werden und eine Lösung für die Zeit nach Kyoto gefunden wird;
- dass die (finanzielle) **Unterstützung** für neuartige Entwicklungen im Bereich der erneuerbaren Energien **erweitert wird**.

JUSTIZ

In den letzten Jahren sind schwere Verbrechen von Jugendlichen begangen worden. Durch die Presse ist dabei der Eindruck entstanden, dass die Jugendlichen immer krimineller werden. Die Stimmen nach einem repressiven Umgang mit solchen Jugendlichen werden immer lauter. Dennoch ist dies aus langfristiger Sicht nur bedingt die beste Lösung für die jugendlichen Straftäter. Der JClub plädiert daher für ein Jugendrecht, in dem alle Jugendliche einen Platz haben und das ihren Bedürfnissen gerecht wird.

- **Jugendgefängnisse und die Weiterleitung von Jugendlichen an Erwachsenengerichte stoßen bei uns nicht auf Zustimmung.** Alle Jugendliche müssen im Rahmen des Jugendrechts verurteilt werden können. Das Einsperren bietet allzu oft keine Lösungsansätze für eine spätere Wiedereingliederung von Jugendlichen in die Gesellschaft.
- Ein variiertes, umfassendes (und alternatives) Maßnahmenpaket muss einigen Kriterien gerecht werden. Die Maßnahmen müssen konstruktiv und an die Jugendlichen angepasst sein. Auch müssen sie kontextgebunden und auf die **Wiedereingliederung in die Gesellschaft ausgerichtet sein**. Unserer Meinung nach kann dies nur durch eine intensive Begleitung möglich sein, wobei die pädagogischen Ziele Priorität haben sollten.
- Nur **Anwälte, die im Jugendrecht ausgebildet wurden**, sollten für Jugendliche vor Gericht plädieren dürfen. Weiterbildungen über Jugendrecht müssen sich sowohl an Anwälte als auch an Richter wenden. Richter müssen auch über die nötigen Mittel verfügen, um alternative Strafen auszusprechen.
- Vermeiden von emotionalen Entscheidungen aufgrund von isolierten Fällen. Wir befürworten den **Gebrauch von Statistiken und Forschungsergebnissen**. Die Forschung über die Ursachen sowie effiziente und effektive Maßnahmen gegen Jugendstraftaten müssen durch ausreichende Mittel finanziert werden.

INNERE ANGELEGENHEITEN

Minderjährige sind eine gefährdete Gruppe der Gesellschaft, vor allem wenn sie von ihren Eltern oder den gesetzlichen Vormündern getrennt sind. Internationale Verträge, welche ihre Rechte schützen sollen, werden aber nicht immer zu Genüge beachtet.

- Das **Einsperren von minderjährigen Asylsuchenden in geschlossene Zentren** muss aufhören. Die Rechte, die die UN Kinderrechtskonvention ihnen zuerkennt, müssen respektiert werden.

Die internationalen Projekte von Jugendlichen und Jugendorganisationen werden allzu oft durch administrative Hürden erschwert. Vor allem die Visafragen sorgen für Probleme. Konkret schlagen wir daher vor:

- Für Jugendliche, die an einer internationalen Jugendaktivität teilnehmen, welche weniger als drei Monate dauert und durch eine anerkannte Jugendorganisation angeboten wird, müssen die Botschaften eigenständig und **zeitnah** über die **Zuerkennung eines Visums** entscheiden können. Hierdurch wird das Verfahren merkbar verkürzt.
- Die **Anerkennung von Freiwilligenarbeit** bei anerkannten Jugendvereinigungen **als Kategorie** für die Zuerkennung von Langzeitvisa an Bürger außerhalb der EU
- In diesem Kontext fragen wir, bei subventionierten Aktivitäten **keine Kreditwürdigkeit** mehr zu verlangen oder für internationale Jugendaktivitäten diese Kreditwürdigkeit den Organisationen zu überlassen.

ÄUSSERE ANGELEGENHEITEN

Jugendliche interessieren sich für Entscheidungen, die auf internationaler Ebene gefällt werden, sei es im Rahmen der UNO, der EU oder des Europarates. Diese Entscheidungen haben Auswirkungen auf ihr Leben und die Jugendlichen können zur Schaffung einer gerechteren, umweltfreundlicheren und toleranteren Welt beitragen. Sie möchten und können ihren Beitrag bei den Überlegungen und der Entwicklung von konkreten Maßnahmen leisten. Damit die Jugendlichen auch weiterhin mobilisiert werden, ist es wichtig, dass ihre Partizipation verfolgt wird.

In dieser Hinsicht fordern die Jugendräte:

- **die Sicherstellung von belgischen Jungvertretern in den Delegationen** bei verschiedenen internationalen Konferenzen und Ausschüssen, die im Rahmen der UNO (CSD, CSocD, Weltjugendkonferenz, Vollversammlung der UNO, UNFCCC, ...), der EU und des Europarates stattfinden.
- die Jugendlichen, ihre Organisationen und die Jugendräte **bei der Umsetzung der Europa-2020-Strategie eng mit einzubeziehen.**